

6. Rückblick auf den Kongress der Parteilinken der Partei Die Linke in Hannover – „Was tun?!“

Ein Schritt in Richtung einer neuen Partei

Harri Grünberg, Vorstand *aufstehen*,

Am 6. Mai 2023 fand in Hannover der Kongress „Was tun in Zeiten des Krieges?“ mit annähernd 300 Teilnehmer*innen statt, darunter viele Mitglieder und ehemalige Mitglieder der Linkspartei sowie aus der Bewegung aufstehen und anderer linker Strömungen. Aufgerufen dazu haben diverse linke Strukturen aus Ost und West in der Partei Die Linke. Alle 16 Bundesländer waren vertreten, was ja nicht unwichtig ist, um künftig bundesweite Präsenz zu zeigen und handlungsfähige Strukturen aufzubauen. In Hannover waren jene Teile der Linken vertreten, die für eine konsequente linke Sozial- und Friedenspolitik eintreten, für Internationalismus und Antiimperialismus. Die Entsolidarisierung der Partei Die Linke mit der Friedensbewegung wurde scharf zurückgewiesen.

Eins konnte der Kongress allerdings nicht leisten: die Auflösung des Widerspruchs, ob man jetzt die Linke aufgibt und zu einer raschen Parteineugründung schreitet, oder ob man den Kampf in ihr fortsetzen soll. Viele sagten, die Linke sei am Ende, was habe ich denn noch mit Bodo Ramelow oder Katina Schubert gemeinsam? Trotz Unterschieden in der Bewertung der Möglichkeit, noch innerhalb der Partei zu kämpfen, bestand Übereinstimmung darin, dass diese Linke, so wie sie jetzt ist, mit ihrer Nähe zu Nato-Positionen, niemand braucht. Die Linke habe eine rote Linie mit ihrer Übernahme der Nato-Erzählungen über den Ukrainekrieg überschritten. Das kam in allen Beiträgen, insbesondere bei Sevim Dagdelen, zum Ausdruck. Sevim konzentrierte sich in ihrem Beitrag auf den Kampf gegen die kriegstreibende und sozial zerstörerische Politik der Regierung Scholz, womit sie sich unterschied von der Unterwerfung der Parteiführung der Linkspartei und deren Politik.

Gemeinsame Position wurde schließlich der Kompromiss, dass man alles versuchen soll, in der Partei für eine Kurskorrektur zu kämpfen, auch dann, wenn man am Erfolg Zweifel hat. Zumindest sollte man um gute Genossen und Genossinnen noch ringen.

Sahra Wagenknecht machte in ihrer per Video übertragenen Grußbotschaft deutlich, welche Partei und Politik dieses Land benötigt. Eine Politik, die bei den Nöten der populären Schichten ansetzt, von

denen breite Teile immer mehr verarmen, auch infolge von Krieg und Wirtschaftssanktionen. Und das wird zunehmen, weil sich die Krise des Kapitalismus verschärfen wird. Eine Partei, die diese Kernschichten vor Augen hat, wendet sich nicht gegen eine vernünftige und soziale Klimapolitik, und sie lässt auch nicht die Interessen diskriminierter Minderheiten unberücksichtigt, sagte Sahra. Sie stellt nicht die Interessen der Minderheiten in den Mittelpunkt ihrer Politik, wie es die Partei Die Linke macht, die zwar nach wie vor soziale und vernünftige Forderungen formuliert, sie aber kaum noch den Charakter dieser Partei prägen. Deshalb haben die Wählerinnen und Wähler kaum noch Vertrauen in die Partei. Sahras Rede war ein Plädoyer für eine neue Partei, ohne diese auszurufen, worauf die zahlreich erschienenen Medienvertreter spekulierten. Dennoch, die Botschaft war klar: Wir brauchen etwas Neues. Der Kampf in der alten Partei macht nur noch wenig Sinn.

Trotz ungelöster Problematik, schnell und rasch das Neue aufzubauen, denn uns läuft die Zeit davon, stellte dieser Kongress einen wichtigen Schritt im Aufbau einer neuen Partei dar. Der erzielte Kompromiss lässt beides zu: noch in der Partei kämpfen, aber auch bereits das Neue aufbauen.

Eines sollte jetzt klar sein: Nach dem Wahlergebnis der Linken in Bremen wird die Wahrscheinlichkeit einer Kurskorrektur noch unwahrscheinlicher. Das nur scheinbar gute Ergebnis der Partei in Bremen (niederschmetternd in Bremerhaven) wird vom Parteiapparat und den Rechten in der Partei von „progressiven Linken“ und „Bewegungslinken“ völlig unreflektiert als Beleg bejubelt, dass der bisherige Kurs der Ausgrenzung des Wagenknecht-Lagers und ihrer Politik der richtige sei. Man müsse nur konsequenter als die Grünen sein und sich weiter auf die Identitätsfragen und auf die urbanen linksliberalen Schichten konzentrieren und man werde damit erfolgreich sein. Sie träumen sogar wieder davon, in den Bundestag einzuziehen zu können, wenn man den Wagenknecht-Flügel loswird. Das zeigt, wie opportunistisch die Parteiführung sich der herrschenden Regierungspolitik anpasst.

Das wichtigste Ergebnis des Was-tun-Kongresses in Hannover stellt die verabschiedete Resolution dar. Sie hält fest, „dass der Krieg in der Ukraine und der entfesselte Wirtschaftskrieg von den Herrschenden immer weiter eskaliert wird. Die Welt kommt einer globalen Katastrophe näher.“

In diesem Land gibt es keine politische Kraft, die klar und deutlich für Frieden und internationale Zusammenarbeit, für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, für ein gutes naturverträgliches Leben für alle und für mehr Demokratie in Politik und Gesellschaft eintritt. Eine Kraft, die sich gegen den Kapitalismus wendet und eine selbstbestimmte Entwicklung für alle weltweit und für alle Völker ermöglichen will.

Eine Kraft, die die gemeinsamen Interessen der Lohnabhängigen und der populären Schichten in den Mittelpunkt stellt und gemeinsam mit den von der Krise betroffenen Handwerkern, Landwirten, mittelständischen Betrieben gegen Krieg, einen zerstörerischen Wirtschaftskrieg und sozialen Krieg kämpft – und dafür mit der Scholz-Politik bricht.

Die Partei Die Linke fällt weit hinter diesen Anforderungen zurück. Sie versagt eklatant und befördert die Wählerstimmen, die ihren Protest gegen die herrschende Politik über die AfD, oder wie jetzt in Bremen über die Wutbürger, signalisieren.

So wie viele andere, Mitglieder und ehemalige Mitglieder der Partei, stellen wir uns die Frage, ob eine Kurskorrektur der Partei Die Linke überhaupt noch möglich ist. Indessen setzen wir uns mit aller Kraft für die Verteidigung des Erfurter Programms der Partei ein. Aber wir werden auch darüber nachdenken und bilanzieren, ob es überhaupt noch Sinn macht, in dieser Partei dafür zu kämpfen. Das sind die politischen Kernaussagen der Resolution.

Zur Einschätzung der Partei wird festgestellt: „Parteivorstand, große Teile des Apparates und der Bundestagsfraktion treiben die Partei weg vom Erfurter Programm und verwandeln sie in eine linksliberale Partei. Das kommt insbesondere in der Kriegsfrage zum Ausdruck, wo die Linke als der linksliberale Flügel des herrschenden Blocks in Erscheinung tritt.“

In der Sozialpolitik verengt sich die Ausrichtung auf kleinbürgerliche Milieus und führt dazu, dass wir den Kontakt mit den Lohnabhängigen und den verarmenden Schichten verloren haben.

Wer für den Erhalt des Sozialstaates ist, muss gegen den Krieg sein, gegen die kriegseskalierenden Waffenlieferungen.

Wichtiges Resultat des Was-tun-Kongresses ist, dass mit dem Aufbau eines Netzwerkes begonnen wurde. Dieser ist offen für Parteimitglieder, ehemalige Parteimitglieder und allen Menschen, die für die oben genannten Ziele eintreten. Wir wollen innerhalb der Partei, aber auch außerhalb der Partei wirken. Wir wollen die Friedensbewegung stärken und all jene Kräfte, die sich gegen Krieg und sozialen Krieg nach innen

wenden. Wir rufen auf zur Anti-Air-Defender-Kundgebung in der Stadt Brandenburg an der Havel am 17. Juni 2023.

23.5.2023

Aus Soziale Politik & Demokratie, Nr. 487